

AUS DEN FUGEN

DIE ZUKUNFT DER WELT(UN)ORDNUNG

*„Wer aber klare Erkenntnis des Vergangenen erstrebt und damit auch des Künftigen,
das wieder einmal nach der menschlichen Natur so oder ähnlich eintreten wird,
der wird mein Werk für nützlich halten, und das soll mir genügen.*

Als ein Besitz für immer, nicht als Glanzstück für einmaliges Hören ist es aufgeschrieben.“

THUKYDIDES

Die Welt ist aus den Fugen. So könnte man in Anlehnung an das berühmte Zitat aus Shakespeares *Hamlet* die Unübersichtlichkeit unserer Gegenwart zusammenfassen. Die rezenten geopolitischen Umbrüche erschüttern unsere gewohnte, westlich dominierte Weltordnung auf dramatische Weise. Sie sind Ausdruck der geopolitischen Machtverschiebungen, deren Zeugen wir seit einigen Jahren sind. Die globalen Entwicklungen mit einem sich zunehmend selbst isolierenden Amerika, einem wiedererstarkten China, mit russischen Großmachtsambitionen, nordkoreanischen Atomtests und den Verwerfungen in der islamischen Welt fördern tektonische Umbrüche und Verschiebungen der geopolitischen Kraftzentren. Zuletzt haben sich die weltpolitischen Ereignisse mit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA, dem Brexit-Referendum in Großbritannien, dem Putschversuch in der Türkei, der russischen Krim-Annexion, der Flüchtlingskrise und dem islamistischen Terror in

Europa in beunruhigender Weise und einem bis dato nicht für möglich gehaltenen Tempo überschlagen. Angesichts dieser Entwicklungen hat das deutsche Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* vor einiger Zeit bereits die Frage aufgeworfen: „Ist die Welt verrückt geworden?“

So nimmt es auch nicht wunder, dass der Begriff der (neuen) *Weltunordnung* in politischen Debatten und Kommentaren mit steigender Intensität Einzug gehalten hat. Die internationale Staatengemeinschaft sieht sich zunehmend mit der Aufgabe konfrontiert, Antworten auf diese unübersichtlichen, ja chaotischen Zustände zu finden. Denn offenbar leben wir in einer Phase der Weltgeschichte, die durch die Auflösung jener Weltordnung gekennzeichnet ist, wie wir sie seit 1989 kannten. Nach dem damaligen Zusammenbruch der Sowjetunion erlebten die USA einen zweiten Höhepunkt ihrer Macht; das amerikanisch dominierte Weltsystem mit all seinen international etablierten Institutionen und Regeln wurde damals kaum ernsthaft in Frage gestellt. Vielmehr erachtete man die globale Durchsetzung von westlicher Demokratie und liberaler Marktwirtschaft lediglich als eine Frage der Zeit (Fukuyama 1989).

Die heute zu beobachtende Erosion dieser globalen Ordnung hat vielfältige Ursachen, wird jedoch zu einem großen Teil von den USA selbst verursacht. Denn durch ihren bereits unter Präsident Obama begonnenen Rückzug aus der weltpolitischen Verantwortung wird die Ausbreitung eines globalen machtpolitischen Vakuums beschleunigt. Der Abschied von der Selbstverständlichkeit der etablierten Ordnung scheint damit unumkehrbar und manchem sogar schon erreicht, so etwa, wenn der russische Außenminister Sergej Lawrow von der neuen „postwestlichen Weltordnung“ spricht. Angesichts der daraus resultierenden vielfach krisenhaften Entwicklungen in etlichen Weltgegenden

und den damit einhergehenden tiefgreifenden Veränderungen im globalen Machtgefüge werden wir uns wohl darauf einstellen müssen, dass globale Unordnung und Unsicherheit auf absehbare Zeit zur neuen Normalität werden.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts befinden wir uns also mitten in einer Zeitenwende. Denn die alte Weltordnung hat ihre Funktionsfähigkeit zu einem guten Teil eingebüßt und geht merkbar in die Brüche, während eine neue sich nicht einmal erahnen lässt. „Unser Zeitalter“, so formulierte es der ehemalige Außenminister der USA, Henry Kissinger, in seinem Buch *Weltordnung*, „sucht beharrlich, und manchmal geradezu verzweifelt, nach dem Konzept einer Weltordnung. Chaos droht, doch zugleich herrscht eine noch nie da gewesene Interdependenz: im Hinblick auf die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, den Zerfall von Staaten, die Auswirkungen der Umweltzerstörungen, die immer wieder begangenen Völkermorde und die Ausbreitung neuer Technologien, die es ermöglichen, Konflikte so weit zu eskalieren, dass sie unkontrollierbar und letztlich auch undurchschaubar werden“ (Kissinger 2016).

Mit US-Präsident Trumps Unberechenbarkeit, seinen mehrmaligen Ankündigungen eines neuen Isolationismus der USA und den wiederholt geäußerten Vorstellungen einer Abkehr Amerikas von der bisherigen Rolle als Hüter der Weltordnung wird der Spielraum für andere Länder, das dadurch entstehende Vakuum auszufüllen, laufend größer. Das hat vor allem die chinesische Führung erkannt: Peking nutzt die entstehenden Möglichkeiten strategisch geschickt aus, um seine geopolitische Rolle zu stärken und darauf hinzuarbeiten, längerfristig die globale Führungsrolle – zuerst wirtschaftlich, später vielleicht auch militärisch und politisch – zu übernehmen.

Hingegen lassen sich wegen des erratischen Kurses ihres 45. Präsidenten die sicherheits- und außenpolitischen Zielsetzungen der USA nur mehr schwer einschätzen. Denn trotz der isolationistischen Ankündigungen bleiben die Vereinigten Staaten bis auf Weiteres die mit Abstand stärkste militärische Kraft, weshalb nicht davon auszugehen ist, dass Washington seinen globalen Machtanspruch ohne Weiteres aufgeben und Chinas diesbezüglichen Ambitionen freien Lauf lassen wird. Auseinandersetzungen und Konflikte sind daher zumindest nicht unwahrscheinlich.

Im Gegenteil: In der von Donald Trump am 18. Dezember 2017 präsentierten *National Security Strategy of the United States of America* wird unter der Devise „Preserve Peace through Strength“ der konsequente Ausbau des militärischen Potenzials als Antwort auf den sich ändernden geopolitischen Status quo und den strategischen Herausforderer China, aber auch Russland angekündigt. Die internationalen Reaktionen sind – verständlicherweise – alles andere als positiv. Doch auch unabhängig von den aktuellen Scharmützeln im Anschluss an die Veröffentlichung der Trump'schen Sicherheitsdoktrin prognostizierte der *National Intelligence Council* – der Dachverband der Nachrichtendienste der USA und gleichzeitig Zentrum für langfristiges strategisches Denken – aufgrund der tektonischen Verschiebungen und der Transformation der Weltordnung in näherer Zukunft eine Zunahme an Spannungen und Konflikten.

Die Geschichte lehrt, dass hegemoniale Umbrüche, also Übergänge der Vorherrschaft von einer Führungsmacht auf eine andere, in überwiegendem Ausmaß entlang mehr oder weniger kriegerischer Konfliktlinien verlaufen sind. Deshalb liegt es durchaus im Bereich des Möglichen, dass die Rivalität zwischen den USA als etablierter Macht und China als deren Herausforderer in einem neuen Krieg münden wird. Auch wenn Chinas Präsident Xi

zumindest vordergründig darauf bedacht zu sein scheint, in den Beziehungen zwischen der Volksrepublik und den Vereinigten Staaten die sogenannte *Thukydides-Falle* (Allison 2015) zu vermeiden, ist die Welt bereits Zeuge eines sich laufend zuspitzenden Machtkampfes zwischen den beiden größten Volkswirtschaften.

Der antike griechische Geschichtsschreiber Thukydides hatte in seinem berühmten Werk *Der Peloponnesische Krieg* den Kampf zwischen Athen und Sparta um die Vorherrschaft unter den Hellenen beschrieben, der durch die Furcht Spartas vor der wachsenden Macht des aufstrebenden Athens ausgelöst wurde. Diese Auseinandersetzung gilt als idealtypisches Beispiel für einen Hegemonialkonflikt zwischen einer arrivierten und einer aufsteigenden Macht. Thukydides war der Ansicht, dass die Rivalität um die Vorherrschaft einen Krieg unvermeidbar machte. In der Tat wurden die etablierte Macht Spartas und die von ihr dominierte Ordnung der griechischen Welt durch das aufstrebende Athen radikal in Frage gestellt, was den Kampf um die Führungsrolle unter den Griechen unausweichlich erscheinen ließ. Der Peloponnesische Krieg endete mit einer neuen, von Athen dominierten Ära und bedeutete den Übergang von einer spartanischen in eine attische Hegemonie.

Da es, wie Hegel betonte, zwischen einzelnen Staaten „keinen Prätor“ gibt, der Recht sprechen könnte, basiert eine stabile Ordnung der Staatenwelt bis heute in aller Regel auf einem ausbalancierten Kräfteverhältnis. Offenbar ermöglicht ein hegemonial oder durch Machtausgleich begründetes Gleichgewicht mehr oder weniger stabile Friedensordnungen, die für etliche historische Epochen namensgebend sind – so etwa die *Pax Romana*, die *Pax Sinica*, die *Pax Mongolica*, die *Pax Britannica* und eben die bis heute andauernde *Pax Americana*. Hegemoniale Mächte fungieren dabei als „Schöpfer und Garanten einer Ordnung, die letztlich

von ihnen abhängt und die sie gegen den Einbruch des Chaos, der für sie eine stete Bedrohung darstellt, verteidigen müssen“ (Münkler 2014). Wer verstehen möchte, was das Gleichgewicht der „Anarchie der Staatenwelt“ im Innersten zusammenhält – um mit Goethes Faust zu sprechen –, der muss seinen Blick in die Geschichte und die Abfolge verschiedenster Weltordnungen richten. Dabei geht es nicht um die Details, sondern um die großen Entwicklungslinien sowie eine systematische Betrachtung der globalen machtpolitischen Gefüge und Strukturen.

Geschichte der Weltordnungen

Die Geschichte der Menschheit lässt sich als Wechselspiel von Krieg und Frieden sowie als Abfolge von mehr oder weniger erfolgreichen Ordnungsstrukturen (Münkler 2014) oder Weltsystemen (Wallerstein 1986) beschreiben. Die Ordnung der Welt wurde seit der Entstehung der ersten Hochkulturen in Mesopotamien sowie etwas später in China und Indien von einzelnen politischen Gebilden oder Staaten gestaltet, die aufgrund ihrer hegemonialen Positionen weite Teile des Globus spezifischen ordnungspolitischen Prinzipien und Strukturen zu unterwerfen in der Lage waren (Menzel 2015). Dabei waren nicht notwendigerweise ausschließlich militärische Kräfteverhältnisse ausschlaggebend, denn es konnten durchaus auch wirtschaftliche oder kulturelle Aspekte dazu beitragen, die Hierarchie der Staatenwelt zu definieren.

Es ist hier nicht der Ort, die Geschichte der Weltordnungen vom Römischen Reich über das antike und mittelalterliche China, das mongolische oder das osmanische Reich bis zum heutigen kapitalistischen Weltsystem unter Führung der USA im Detail zu beschreiben. Wichtig ist vielmehr, die Tatsache festzuhalten,

dass die Globalgeschichte der Staatenwelt ein wiederkehrendes Muster von Auf- und Abstieg weltpolitischer Ordnungssysteme vor Augen führt. Mit Heraklit ließe sich daher die Veränderung hegemonialer Strukturen als einzige historische Konstante definieren. Zwar existierten einzelne Weltordnungen durchaus über längere Zeiträume hinweg relativ stabil, diese gelangten allerdings früher oder später immer auch an ein Ende und wurden von neuen abgelöst.

Eine zentrale Lehre aus der Geschichte der Weltordnungen ist sicher die, dass jedes Imperium oder jede Hegemonialmacht es immer mit Herausforderern zu tun bekommt, die ihre Dominanz in Frage stellen – so wie es Thukydides für Sparta und Athen prototypisch beschrieben hat. Das Römische Reich etwa war Zeit seines Bestehens immer auch in hegemoniale Ausscheidungskämpfe mit rivalisierenden Mächten – allen voran Karthago – verwickelt, China sah sich über Jahrhunderte hinweg mit einfallenden mongolischen Reitervölkern konfrontiert, Spanien führte lange Zeit kostenintensive Kriege mit den aufsteigenden Niederlanden, die Niederlande wiederum wurden als führende Weltmacht vom rivalisierenden England herausgefordert und Großbritannien kämpfte gegen das wirtschaftlich aufstrebende Deutschland um die Vorherrschaft in Europa und der Welt. Der Politikwissenschaftler Graham Allison hat insgesamt sechzehn dieser hegemonialen Umbrüche der Weltordnung identifiziert – zwölf davon resultierten in kriegerischen Auseinandersetzungen und Blutvergießen (Allison 2017).

Eine weitere Lehre aus der Geschichte ist, dass erfolgreiche hegemoniale Systeme dazu führen, dass die „Anarchie der Staatenwelt“ einer internationalen Ordnung unterworfen wird und damit eine gewisse Stabilität der internationalen Beziehungen erreicht werden kann. Die *Pax Romana* oder die *Pax Mongolica* hatten

weitreichende Auswirkungen auf überregionale Beziehungen, kulturellen Austausch und den Handel. Das chinesische System der Macht – basierend auf Handel und Tribut – hat langfristig stabilisierend und friedenssichernd gewirkt: Zwischen der Gründung der Ming-Dynastie im Jahr 1368 und den von Großbritannien aufgezwungenen Opium-Kriegen ab 1841 engagierte sich China in lediglich zwei größeren militärischen Auseinandersetzungen (Kang 2010).

Der Westfälische Frieden, der vor bald vier Jahrhunderten den Dreißigjährigen Krieg beendete, hat dazu beigetragen, dass sich erstmals Strukturen für eine globale Weltordnung herausbilden konnten, die in die nach dem Zweiten Weltkrieg etablierte *Pax Americana* mündeten und bis heute fortwirken: „Das heutige, nunmehr globale Westfälische System [...] ist darauf gerichtet, den an sich anarchischen Charakter der Welt durch ein umfangreiches Netz internationaler Rechts- und Organisationsstrukturen zu bändigen. Es soll freien Handel und ein stabiles internationales Finanzsystem fördern, allgemein akzeptierte Prinzipien zur Lösung internationaler Streitfragen etablieren und, sollte es doch zu Kriegen kommen, diesen Konflikten Grenzen setzen. Dieses Staatensystem umfasst heute alle Kulturen oder Religionen. Ihre Institutionen stellen einen neutralen Rahmen für die Interaktionen sehr verschiedenartiger Gesellschaften zur Verfügung, und er ist in hohem Maße unabhängig von ihren jeweiligen Werten“ (Kissinger 2016).

Unsere heutige Weltordnung beruht also auf dem europäischen Grundkonzept des Westfälischen Friedens. Dass sich dieses System global etablieren sollte, war jedoch alles andere als ausgemachte Sache, denn global betrachtet spielte Europa nach dem Zusammenbruch des Römischen Reiches aufgrund seiner Lage an der

Peripherie des eurasischen Kontinents aus globaler Perspektive lange Zeit nur eine untergeordnete Rolle. Noch 1492 – am Vorabend der Entdeckung der „Neuen Welt“ und dem Beginn der europäischen Expansion – gab es kaum Anzeichen dafür, dass Europa sich aus dieser Bedeutungslosigkeit heraus zu einer weltumspannenden Macht entwickeln sollte.

Damals existierten mehrere politische Zentren, die als Machtpole ihre jeweilige Welt beherrschten: In Asien waren das die chinesische Ming-Dynastie, der europäische Ableger des Mongolenreichs (Goldene Horde), das Persische Reich, das Osmanische Reich, Japan und die Vorläufer des indischen Mogulreiches; in Amerika waren es die Reiche der Inka und der Azteken; und in Europa waren es die miteinander um die Vorherrschaft ringenden Staaten, vor allem Portugal, Spanien, Frankreich, England, Österreich, die Fürstentümer des Heiligen Römischen Reiches und Burgund.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft in Europa, die nach dem Ende der *Pax Romana* im Mittelalter und speziell in der Neuzeit die europäischen Länder prägten, sind ein charakteristisches Wesensmerkmal dieses Kontinents. Einen Höhepunkt erreichte das Blutvergießen mit dem Dreißigjährigen Krieg, der heute weniger als Religionskrieg denn als Konflikt um die Hegemonie in Europa – mit entsprechenden Konsequenzen für die „Aufteilung der Welt“ – gesehen wird (Münkler 2017). Als im Oktober 1648 die europäischen Konfliktparteien den Westfälischen Frieden schlossen, wurde damit sowie durch die europäische Expansivität auf den gesamten Globus das Fundament einer global anwendbaren internationalen Ordnung gelegt.

Die bekannten Entwicklungen und der nachfolgende Aufstieg des durch den langen Krieg völlig verheerten Europas

fürten dazu, dass das europäische Weltsystem sich in den folgenden Jahrhunderten immer weiter ausbreitete, andere imperiale und hegemoniale Systeme bzw. ordnungspolitische Strukturen verdrängte und schließlich seit dem 19. Jahrhundert den gesamten Planeten umfasst. Dabei spielten unterschiedliche Länder eine bedeutende Rolle: In seinem monumentalen Werk *Die Ordnung der Welt* beschreibt der Politologe Ulrich Menzel ausführlich, wie es immer wieder auch peripheren Gebieten Europas wie Portugal, Spanien, den Niederlanden oder England gelang, aus ihrer bis dahin nachteiligen Lage am Rande des Kontinents heraus die Not zur Tugend zu machen und durch Innovationen in administrativen, wissenschaftlichen, militärischen, technischen oder kaufmännischen Bereichen eine hegemoniale Position zu erringen. Wenn Erfindungen nicht in einem dieser Staaten gemacht und verfolgt wurden, so geschah dies in einem anderen, was wiederum dazu führte, dass Nachbarstaaten sich gezwungen sahen, innovatorisch gleichzuziehen, um den wissenschaftlichen, technologischen oder ökonomischen Anschluss nicht zu verlieren.

Sicher war auch die europäische Bildungskultur mit an diesem Aufstieg beteiligt. Die Eigenheit Europas war dabei, dass Bildung seit der Neuzeit erstmals nicht mehr einer Elite vorbehalten war, sondern in die Breite der Bevölkerung getragen wurde. Mit dem Erfolg des Buchdrucks, der Renaissance und dem Siegeszug der Aufklärung begann eine „Wissensexplosion“ (Burke 2014), die schließlich in die wissenschaftliche und industrielle Revolution mündete und in der Folge ein bis dahin ungekanntes Wirtschaftswachstum entfachte, den Wohlstand und die Durchsetzung der Demokratie in Europa begründete und auch die europäische kulturelle Hegemonie bzw. Vorherrschaft in der Welt ermöglichte.

Neben innovationsfördernden Denkweisen und Wissenssystemen waren aber vor allem die politischen und wirtschaftlichen Strukturen bzw. Institutionen, die sich in Europa herausgebildet hatten, für die Ausprägung der globalen europäischen Hegemonie ausschlaggebend. Mit den Prinzipien des westfälischen Systems verfügten die Europäer über ein ordnungspolitisches Rüstzeug, das als „Blaupause für eine internationale Ordnung“ (Kissinger 2016) über die gesamte Welt verbreitet wurde. Andere Kulturen und vor allem die alten asiatischen Reiche – allen voran China und Indien –, so der Historiker Wolfgang Reinhard in seiner *Globalgeschichte der europäischen Expansion*, „mochten den Europäern kulturell [...] sogar überlegen sein. Es fehlte ihnen aber [...] an einer politischen Ordnung, die im 18. bis 20. Jahrhundert dem modernen [europäischen] Machtstaat gewachsen gewesen wäre, vor allem als dieser auch noch auf überlegene Militärtechnologie zurückgreifen konnte“ (Reinhard 2016).

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs hatte Europa den Zenit seiner Macht zwar bereits überschritten, die Welt jedoch war zu diesem Zeitpunkt schon vollends von Europa geprägt: Die Kolonialmächte – zuvorderst Großbritannien als letzte europäische Weltmacht – hatten europäische Weltanschauungen um den gesamten Globus getragen. Die europäische Expansion hat der Welt ein neues, modernes Gesicht gegeben: Unter der Ägide Europas hatten sich eine neue Weltordnung und Weltkultur herausgebildet. Die vorkoloniale Welt unterschied sich grundlegend von der postkolonialen, heutigen – und auch wenn das viele nicht zugeben möchten, „sind die meisten Menschen der Welt [heute] kulturell gesehen Europäer. [...] Die meisten Menschen auf unserem Planeten sehen Politik, Medizin, Krieg und Wirtschaft durch eine europäische Brille. Selbst die aufstrebende Wirtschaftsmacht China, die demnächst zur führenden

Weltmacht aufsteigen könnte, wird auf einem europäischen Produktions- und Finanzierungsmodell errichtet“ (Harari 2013).

The American Century

Auch wenn das heutige moderne Weltsystem ein europäisch geprägtes ist, so spielte Europa selbst bei seiner endgültigen globalen Durchsetzung und Ausgestaltung nicht mehr die führende Rolle. Denn die Position einer Weltmacht hatte Europa formal spätestens mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eingebüßt, nachdem die Eskalation des Konflikts um die globale Vorherrschaft im „zweiten Dreißigjährigen Krieg“ (Münkler 2015) von 1914 bis 1945 Europa an den Rand des Abgrunds geführt hatte. Die Rolle des weltweiten Hegemons übernahmen fortan die USA – zunächst allerdings und bis zum Zusammenbruch der UdSSR im Rahmen einer bipolaren Teilung der Welt. Danach wurde mit dem US-amerikanischen Weltsystem die bis heute vorherrschende globale Ordnung etabliert: die *Pax Americana*.

De facto überflügelten die USA Europa schon während und vor allem nach dem Ersten Weltkrieg in nahezu allen Belangen. Bereits vor der Zuspitzung der Konflikte zwischen den fünf europäischen Großmächten in der Julikrise 1914 waren die USA wirtschaftlich mehr als doppelt so stark wie jede einzelne der späteren Kriegsparteien Deutschland, Großbritannien und Russland, geschweige denn Frankreich und Österreich-Ungarn.

Nach dem Krieg waren die europäischen Mächte wirtschaftlich am Boden und allesamt hoch verschuldet, die Verlierer hatten zudem mit Inflation und dem fast völligen Erliegen der Wirtschaft zu kämpfen. Die Siegermächte (mit Ausnahme der Vereinigten

Staaten) – allen voran Großbritannien, das bis zum Beginn des Krieges der größte Gläubiger der Welt war – hatten die enorme Kriegslast durch Kredite finanziert und waren zu Schuldnern der USA geworden. Spätestens seit 1917 war Washington der Gläubiger der Welt.

Die „Amerikanisierung der Welt“, die der britische Journalist William T. Stead bereits im Jahr 1902 prognostizierte, war die Folge. Da Stead am 14. April 1912 beim Untergang der Titanic ums Leben kam, blieb ihm die Bestätigung der Richtigkeit seiner Prognose vorenthalten. Tatsächlich sollte sich die Amerikanisierung der Welt im Verlauf des 20. Jahrhunderts auf alle Lebensbereiche ausbreiten – Wissenschaft, Industrie, Handel, Transport, Journalismus, Kunst, Musik, Literatur, Religion und Sport. Nach 1945 waren die USA die erste Hegemonialmacht mit wirklich globaler Reichweite (Brzezinski 2015). Sie bestritten über die Hälfte der Weltindustrieproduktion, verfügten zumindest bis 1949 über das Atomwaffenmonopol, seither über das „Flugzeugträger-Monopol“, und hatten Stützpunkte und damit auch Soldaten und relevante militärische Infrastruktur in allen Teilen der Welt. Noch 2008 entfielen 50 Prozent der weltweiten Militärausgaben auf die Vereinigten Staaten. Bis dato sind sie außerdem immer noch die mit Abstand größte Volkswirtschaft.

Das 20. Jahrhundert wurde daher zu Recht als *American Century* (Luce 1941) bezeichnet: Ökonomisch, politisch, militärisch, wissenschaftlich und kulturell hatten die USA über weite Teile der Welt so viel Einfluss wie keine andere Großmacht jemals zuvor. Die halbe Welt kaufte amerikanische Produkte und fragte amerikanische Marken nach. Die US-Unterhaltungsindustrie übte eine bis dahin ungekannte Strahlkraft aus: Rund um den Globus wurden amerikanische Filme, TV-Serien und Musikprogramme

konsumiert, man schätzte amerikanische Kunst und Literatur und bewunderte amerikanische Stars.

Der American Way of Life wurde weltweit imitiert. Der globale Einfluss der Vereinigten Staaten manifestierte sich somit nicht nur in ihrer militärischen Stärke, sondern zunehmend auch in ihrer soft power: ihrer kulturellen, wissenschaftlichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Ausstrahlungskraft. Nach dem „Sieg“ über den kommunistischen Widerpart 1989 dehnte sich der Einfluss der USA dann auch auf jene Teile der Welt aus, die bisher aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum sowjetischen Einflussbereich davon isoliert waren.

Die Grundlagen der amerikanischen Macht basierten und basieren wie niemals zuvor in der Geschichte noch immer auf der überragenden Leistungsfähigkeit nicht nur eines einzelnen Sektors wie Wissenschaft, Industrie, Finanzwesen, Fernhandel, Militär oder Landwirtschaft, sondern aller Sektoren gleichzeitig. Vor allem der technologische Vorsprung in den innovativen Bereichen, insbesondere den Informations-, Nano- und Biotechnologien, ist trotz der starken Deindustrialisierung in den traditionellen Industrien, die die USA einst führend gemacht haben, bis heute überragend. Zu Beginn des neuen Jahrtausends entfielen 41 Prozent der kombinierten Produktion der sechs größten Volkswirtschaften (USA, China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Japan) im Hochtechnologiesektor auf die USA; bei den Ausgaben für Forschung, Technologie und Innovation waren es 53 und bei jenen für militärisch relevante F&E sogar 80 Prozent.

Damit ist die Dominanz der USA in den Zukunftsindustrien nahezu absolut. „Das gilt ganz besonders für die rüstungsnahe Industrie, sodass auf absehbare Zeit niemand ihre Führungsposition in Frage stellen kann. Die aktuelle ‚Revolution in Military Affairs‘, die sich auf Informations- und Datentechnik stützt, findet fast nur

im US-Militär statt. Beinahe alle einschlägigen Rüstungsbetriebe liegen in den USA“ (Menzel 2015). Einer der wesentlichen Gründe für die US-amerikanische Innovationsführerschaft in den aktuellen Schlüsselbranchen der Informations-, Nachrichten- und Datentechnik, im Softwarebereich und bei der Nachrichtenbeschaffung wird in deren Bedarf für die Aufrechterhaltung der militärischen Hegemonie gesehen, die von keiner anderen Macht auf absehbare Zeit auch nur herausgefordert werden kann. Selbst wenn die Volksrepublik ihre Militärausgaben noch weiter steigern würde, wird es „China Jahrzehnte kosten, mit dem amerikanischen Verteidigungsetat gleichzuziehen [...] und selbst dann wird es den Vorsprung in Bezug auf [...] die allgemeine Leistungsfähigkeit, den die amerikanischen Truppen ein Jahrhundert der Vorherrschaft hindurch haben aufbauen können, nicht wettgemacht haben“ (Morris 2013). Die Frage stellt sich allerdings, ob es angesichts der Hybridisierung des Krieges und der Möglichkeiten des *Cyberwar* noch notwendig ist, über riesige Militäretats zu verfügen.

USA vs. China: Ein hegemonialer Ausscheidungskampf

Trotz all der überragenden Kennzahlen mehren sich seit der Jahrtausendwende die Anzeichen dafür, dass die Tage der globalen, unilateralen Hegemonie der USA gezählt sind und das amerikanische Jahrhundert in näherer Zukunft der Vergangenheit angehören könnte. Die USA haben die militärische Herausforderung durch die Sowjetunion in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zwar ebenso abgewehrt wie die wirtschaftliche durch Japan. Doch inzwischen beginnt die Volksrepublik China, die Vereinigten Staaten herauszufordern, vorerst wirtschaftlich, zunehmend aber

auch militärisch. Denn mit der Fertigstellung seines ersten Flugzeugträgers hat Peking auch seine Ambitionen auf den Weltmeeren offiziell vom Stapel gelassen. Während jedoch die militärische Herausforderung gerade erst begonnen hat, ist die wirtschaftliche Aufholjagd bereits in vollem Gange.

Chinas Anteil am Weltsozialprodukt lag noch 1990 bei gerade einmal 2 Prozent, im Jahr 2016 war er bereits auf 15 Prozent angewachsen. Dafür ist das beeindruckende Wirtschaftswachstum Chinas in den vergangenen Dekaden verantwortlich: Vor der globalen Finanzkrise von 2008 wuchs das chinesische BIP laut Weltbank jährlich um über 10 Prozent, 2007 sogar um über 14 Prozent. Und selbst während der Krise lag es bis 2012 nie unter 9 Prozent. Die Ursache hierfür resultiert vor allem aus dem Umstand, dass China in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend die Rolle der „Werkstatt der Welt“ übernommen hat und inzwischen für die Produktion von „80 Prozent des Spielzeugs, 70 Prozent der Farbfernseher, 34 der Kühlschränke und Waschmaschinen sowie 30 der Schiffe“ (Reinhard 2016) verantwortlich ist. Auch in der Produktion von Drohnen ist China inzwischen führend. „Die Weltwirtschaft“ – so formulierte es *Die Zeit* bereits 2011 – „wird chinesischer.“

Im Ranking der größten Volkswirtschaften rauschte die Volksrepublik in den letzten Jahren kontinuierlich an den vor ihr liegenden Industrieländern vorbei: 2010 hat China Deutschland den Rang des Exportweltmeisters abgelaufen und 2011 Japan als zweitgrößte Wirtschaftsmacht abgelöst. Heute bleibt somit lediglich ein Land, das es für die Volksrepublik einzuholen gilt: die Vereinigten Staaten von Amerika. Zuletzt hat sich das chinesische Wirtschaftswachstum zwar etwas verlangsamt, mit rund 7 Prozent liegt es aber immer noch weit über dem der USA. Und auch für die kommenden Jahre prognostiziert die OECD für

China ein jährliches Wirtschaftswachstum von über 6 Prozent. Zum Auftakt des chinesischen Volkskongresses am 5. März 2017 kündigte Ministerpräsident Li Keqiang angesichts eines drohenden Handelskrieges mit den USA ein Wachstumsziel von zumindest 6,5 Prozent an.

Diese Trends werden sich aller Voraussicht nach weiter fortsetzen und das ökonomische Gewicht Chinas – und damit mittel- bis längerfristig wahrscheinlich auch sein politisches und militärisches – weiter stärken. Bereits heute wird Chinas wirtschaftliches und politisches Potenzial von vielen internationalen Beobachtern deutlich stärker bewertet als noch vor wenigen Jahren. Die ambitionierten Zielsetzungen der Regierung in Peking – Stichwort: neue Seidenstraße („One Belt, One Road“) – zeugen jedenfalls von einem gesteigerten Selbstbewusstsein, das auf den Erfolgen und Entwicklungen der vergangenen dreißig Jahre fußt. Die Frage, ob China das 21. Jahrhundert dominieren wird – so wie die USA das 20. Jahrhundert dominiert haben –, ist daher nur allzu berechtigt (Fenby 2017).

Spätestens seit dem G-20-Gipfel in Hangzhou Anfang September 2016, bei dem die chinesische Staatsführung u. a. Strukturreformen zur Verbesserung des globalen Regulierungswerks für die Wiederbelebung des Welthandels und ein Monitoring des weltweiten Kapitalverkehrs sowie des Derivate- und Rohstoffhandels einforderte, ist klar geworden, dass China nun auch verstärkt bei der Verhandlung globaler Regeln mitreden will.

Auch die Tatsache, dass die chinesische Währung, der Yuan, vom Internationalen Währungsfonds (IWF) Anfang Oktober 2016 zur fünften offiziellen Weltwährungsreserve gemacht wurde, demonstriert eindrücklich die wachsende Bedeutung des letzten (noch) kommunistischen Großreiches. Der US-Dollar bleibt mit 42 Prozent

Gewichtung zwar – vorerst – noch die wichtigste Währung, der Yuan steigt allerdings mit 11 Prozent gleich nach dem Euro mit 31 Prozent auf Platz drei ein.

Beim Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2017 hat der chinesische Staatschef Xi Jinping betont, dass er sich dezidiert gegen die von US-Präsident Donald Trump propagierten wirtschaftlichen Abschottungstendenzen und den staatlichen Protektionismus einsetzen sowie die Vorteile der Globalisierung und des Welthandels herausstellen werde. Ebenso hat Peking nach Trumps Anfang Juni 2017 erfolgter Aufkündigung des Pariser Klimaabkommens seinen Anspruch auf die globale Führungsrolle beim Klimaschutz angemeldet. Zuletzt hat die chinesische Staatsführung zudem mit dem Plan aufgehört lassen, bis 2030 die globale Führerschaft im Bereich der Künstlichen Intelligenz erringen zu wollen – und das ohne Reaktion des US-Präsidenten.

Überhaupt scheint Washington unter der aktuellen Führung unter einem Aufmerksamkeitsdefizit zu leiden, wenn es um den Aufstieg Chinas und dessen erstarkenden globalen Machtanspruch geht: Denn die Trump-Regierung lässt sich von innenpolitischen Streitigkeiten ebenso ablenken wie vom Antiterrorkampf und Konflikten mit Russland, Iran oder Nordkorea, also mit Volkswirtschaften, die auf den Plätzen 12 (und bald nur mehr auf 15 oder 17), 29 und 113 rangieren. Bis dato scheint die Trump-Administration jedenfalls keine strategische Antwort auf das Erstarken Chinas gefunden zu haben. Unterdessen arbeitet die Führung in Peking gezielt daran, das Land zur größten Volkswirtschaft der Welt zu machen, um anschließend seine wirtschaftliche Kraft strategisch für die Weiterentwicklung des Landes in den Rang einer – wenn nicht sogar der führenden – Weltmacht zu investieren.

Während China also konsequent am Aufbau seiner globalen Vormachtstellung arbeitet, ziehen sich die USA immer mehr aus ihrer weltpolitischen Rolle zurück. „Eine Weltmacht dankt ab“, so formulierte kürzlich der Publizist Paul Lendvai seinen Eindruck. Er bringt damit die zweite *American-Divide*-Debatte, die spätestens 1998 mit Andre Gunder Franks *ReOrient* eingeläutet und mit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten zuletzt neu entfacht wurde, auf den Punkt. Tenor dieser Debatte ist, dass es im globalen Kräfteverhältnis unausweichlich zu einer massiven Bedeutungsverschiebung in Richtung Asien, vor allem nach China, aber auch Indien kommen wird.

Diese epochale Machtverschiebung basiert nicht zuletzt auf der starken Zunahme der Bevölkerung in den asiatischen Ländern (Rachman 2016). Die Prognosen zeigen, dass die Welt bis 2030 asiatischer wird – bis 2025 werden rund zwei Drittel der Weltbevölkerung in Asien leben –, später dann auch afrikanischer, denn Afrika (mit aktuell rund zwei Milliarden Einwohnern) ist der mit Abstand am schnellsten wachsende Kontinent.

Im Verlauf des 21. Jahrhunderts werden je einer Milliarde Menschen in Europa und Amerika, vier Milliarden in Afrika und fünf Milliarden in Asien gegenüberstehen. Europäer und Amerikaner, die in den vergangenen vier Jahrhunderten das Weltgeschehen maßgeblich gestaltet haben, werden somit jeweils weniger als 10 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, Afrikaner und Asiaten gemeinsam hingegen mehr als 80 Prozent.

Die rapide wachsende Mittelschicht im asiatischen Raum eröffnet neue Verbrauchermärkte vor allem in urbanen Zentren; neue Allianzen – wie sie etwa von China in Zusammenhang mit der „One Belt, One Road“-Initiative geschmiedet werden – verändern zudem die globalen Handelsströme und verlagern den

Motor der Weltwirtschaft sukzessive von Westen nach Osten. Mit dem weiter wachsenden ökonomischen Potenzial Chinas und auch Indiens wird zwangsläufig auch deren globaler politischer Einfluss zunehmen – nicht zuletzt auch aufgrund steigenden militärischen Gewichts. Schon heute tritt vor allem die chinesische Staatsführung auf dem internationalen Parkett deutlich selbstbewusster auf, als das noch vor wenigen Jahren der Fall war.

Globalhistorisch betrachtet existiert eine starke Korrelation zwischen wirtschaftlicher Stärke und internationaler politischer Macht. Darauf machte bereits Thukydides vor bald zweieinhalbtausend Jahren aufmerksam. Denn das antike Athen verdankte seinen Aufstieg dem durch den Seehandel erwirtschafteten Reichtum, mit dem es seine große, moderne Flotte finanzieren konnte. Mit dem zunehmenden ökonomischen Gewicht und dem erstarkenden politischen Einfluss in der Ägäis wuchs in Athen auch die Vorstellung, dass die bisherige Ordnung der griechischen Welt entsprechend den veränderten Gegebenheiten neu verhandelt werden müsste. Insofern war die Ausgangslage nicht unähnlich jener der aktuellen Konstellation zwischen den USA und China. Es ist folglich anzunehmen, dass China – wie andere aufsteigende Mächte zu früheren Zeiten – möglichst lange im Windschatten der aktuellen Führungsmacht bleiben wird, um sein wirtschaftliches Potenzial bestmöglich zu entwickeln und dann seinen globalen Führungsanspruch auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Erste Vorzeichen dafür lassen sich im Konflikt um die Vorherrschaft im Südchinesischen Meer ausmachen, in dem Peking seine hegemonialen Ansprüche mit zunehmendem Säbelrasseln anmeldet.

Und der Rest der Welt?

Während sich die internationale öffentliche Aufmerksamkeit weitestgehend auf das Kräftemessen zwischen China und den USA bzw. einen beginnenden hegemonialen Ausscheidungskampf der beiden größten Volkswirtschaften konzentriert, gerät ein anderer *clash of civilisations* völlig aus dem Blick: jener zwischen China und Indien. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass mit der Verschiebung des ökonomischen Kraftzentrums der Welt nach Asien der Konflikt um die globale Vorherrschaft zwischen diesen beiden asiatischen Supermächten ausgetragen wird und das 21. Jahrhundert prägen könnte. Die Rivalität zwischen Peking und Delhi hat eine lange Geschichte und wird heute zusätzlich durch unterschiedliche gesellschaftliche Modelle und konträre politische Systeme überlagert. Bis dato sind die latenten Spannungen jedoch – mit Ausnahme des faktisch folgenlosen Indisch-Chinesischen Grenzkriegs im Oktober 1962 – nie offen ausgebrochen.

Auch die übrigen Nachbarländer Chinas reagieren inzwischen nervös auf dessen wirtschaftlichen und militärischen Aufstieg. Um den Einfluss Pekings in der Region zu begrenzen, werden bereits antichinesische bzw. antiimperiale Koalitionen gebildet. Diese Politik der Gegengewichtsbildung ist dabei nicht mehr nur auf den traditionellen Rivalen Indien beschränkt, sondern umfasst zwischenzeitlich auch Japan, die Philippinen, Vietnam und Indonesien, um nur die wichtigsten Akteure zu nennen. Das Kräftemessen um politischen, wirtschaftlichen und strategischen Einfluss in der Region ist jedenfalls mit erheblichem Konfliktpotenzial verbunden, vor allem weil „das ‚Reich der Mitte‘ [...] in der Gefahr [steht], ganz buchstäblich in die Mitte genommen und eingekreist zu werden“ (Münkler 2013).

Das ist für China nicht nur geostrategisch, sondern vor allem auch ökonomisch problematisch, weil seine Wirtschaft stark von Rohstoffimporten, aber ebenso von den globalen Absatzmärkten abhängig ist und Peking zumindest vorerst nicht in der Lage ist, die langen, weitgehend über See verlaufenden Handelsrouten militärisch zu sichern. Das macht China verwundbar. Der Politologe Herfried Münkler fasst die Situation wie folgt zusammen: „Eine Strangulation dieser Routen hätte für China dramatische Folgen. [...] Das ‚Reich der Mitte‘ ist durch die Globalisierung der Wirtschaft in eine geostrategisch unkomfortable Lage geraten. Inzwischen arbeitet China am Aufbau einer Kriegsflotte, die einerseits die Versorgungswege durch die indonesische Inselwelt und den Indischen Ozean sichern soll und andererseits einen Risikofaktor für die in diesen Räumen operierenden US-amerikanischen Kriegsschiffe darstellt. Das kann auf längere Sicht zu einer chinesisch-amerikanischen Konfrontation führen, die ähnlichen Mustern folgt wie der deutsch-britische Gegensatz am Anfang des 20. Jahrhunderts“ (Münkler 2013).

Aus Sicht der USA liegt in dieser geostrategischen Schwachstelle Chinas freilich auch eine Chance, weshalb Washington seit einiger Zeit – wenngleich mit wechselndem Erfolg und abnehmender Intensität – an der Bildung einer potenziell antichinesischen Koalition im pazifischen Raum arbeitet. Dort lassen sich die maritimen Ambitionen Chinas durch die schiere Übermacht der amerikanischen Flottenstärke – dem kürzlich vom Stapel gelassenen chinesischen Flugzeugträger stehen zwölf der US-Navy gegenüber – bis auf Weiteres eindämmen. Die Führung in Peking sucht dem wiederum durch die Verbesserung ihrer Beziehungen zu Russland und eine wachsende Einflussnahme im zentralasiatischen Raum entgegenzuarbeiten, was mit dem Projekt der „neuen

Seidenstraße“ systematisch und strategisch angegangen wird. Der damit verbundene Ausbau von Infrastrukturen und Handelsnetzen ist die Antwort Pekings auf die Verwundbarkeit der globalisierten chinesischen Wirtschaft und deren Abhängigkeit von Rohstoffen, die über den Seeweg transportiert werden müssen. Gleichzeitig mit der Realisierung dieses Ziels gelingt es der chinesischen Führung auch, die wirtschaftlichen Beziehungen mit den Ländern von Zentralasien bis nach Osteuropa zu intensivieren. Im Mai 2017 partizipierten Teilnehmer aus 110 Ländern beim „One Belt, One Road“-Forum in Peking – darunter 29 Staats- und Regierungschefs. Washington reagierte auf diese großangelegte außenpolitische Initiative Xi Jinpings mit der wenig einfallsreichen Erhöhung des Rüstungsbudgets und einer Renaissance der Atomwaffenpolitik als „Fundament der Abschreckung“ (Trump 2017).

Doch auch Russland beobachtet die intensivierten Aktivitäten Pekings in Zentralasien mit Argusaugen. Denn trotz der strategischen Partnerschaft mit China, insbesondere im Energie-Bereich, und öffentlicher Beteuerung gegenseitiger Freundschaft existieren systemimmanente Gegensätze zwischen den beiden Ländern sowie handfeste Rivalitäten um geostrategischen Einfluss auf die Region und den ungehinderten Zugriff auf Ressourcen, weshalb das Seidenstraßen-Projekt für Moskau auch eine potenzielle Bedrohung darstellt. Der Kreml-Führung bereiten dabei vor allem die unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungstrends große Sorgen, da Russland mit Ausnahme von Bodenschätzen über keine nennenswerte Produktion von Exportgütern verfügt, wodurch das Land über kurz oder lang Gefahr läuft, zum Rohstofflieferanten Pekings degradiert zu werden. Seine aktuelle geostrategische Bedeutung verdankt es so allein dem von der Sowjetunion geerbten Arsenal an

Massenvernichtungswaffen, das dem chinesischen noch lange überlegen sein wird.

Auch wenn es vordergründig den Anschein haben mag, dass die unter Präsident Putin wieder verstärkt zum Ausdruck kommenden russischen Großmachtsambitionen eine neue Qualität in der Geopolitik bedeuten, so muss man sich doch die tatsächlichen Dimensionen vor Augen halten: Denn de facto spielt Russland mit einem Anteil am Weltsozialprodukt von gerade einmal 2 Prozent wahrlich nicht in derselben Liga wie die USA mit 25, die EU mit 20 oder China mit 15 Prozent: „Russland ist weltwirtschaftlich nur noch eine marginale Größe, im Grunde eine periphere Rohstoffökonomie“ (Menzel 2015). Sofern Moskau keine substanzielle Verbesserung seiner Wirtschaftskraft gelingt – und das ist mehr als unwahrscheinlich –, sind die Tage Russlands als geostrategische Einflussgröße jedenfalls gezählt, obwohl das Land ein Gebiet von 17 Mrd. km² umfasst und sich über elf Zeitzonen erstreckt, aber über keinen Zugang zum warmen Meer verfügt.

Es ist – auch in Hinblick auf historische Analogien – höchst ungewiss, wie diese Entwicklungen weitergehen werden. Noch ungewisser ist allerdings die Zukunft eines weiteren großen Players im Ringen um die neue Weltordnung: Europa bzw. die Mitgliedstaaten der Europäischen Union stehen mit der Zuspitzung zwischen USA und China (oder China und seinen Nachbarländern, allen voran Indien) vor folgenden Alternativen: Entweder sie versuchen ihr Glück – so wie es die rechtspopulistischen Parteien vieler Länder propagieren – mit einer Rückkehr zum Nationalstaat. Dann müssen sie wohl zwangsläufig mit dem globalen Bedeutungsverlust und in Folge erst recht mit einer Fremdbestimmung durch einen neuen globalen Hegemon rechnen. Mit den USA als „benevolentem Hegemon“ – Stichwort:

Marshallplan – hatten die Länder Europas bis vor Kurzem einen nicht immer leichten, aber zuverlässigen Partner, der auch im europäischen Interesse für die Aufrechterhaltung der globalen Ordnung sorgte. Diese bislang komfortable Situation könnte sich mit einer neuen globalen Macht sehr schnell zu Ungunsten der Europäer verändern.

Oder sie reagieren mit einer konsequenten politischen Vertiefung der Union.

Denn angesichts der neuen Weltunordnung braucht es ein gestärktes und einiges Europa im Rahmen einer politischen Union, mit gemeinsamer Sicherheits-, Außen- und Asylpolitik, einer koordinierten Finanz- und Wirtschaftspolitik, einer strategischen Bildungs-, Wissenschafts-, Forschungs- und Innovationspolitik, und auch eines sozialen Europas mit einem Mindestmaß an balanciertem Ausgleich mittels einer Transferunion. Europa kann angesichts der Vielzahl und der Komplexität der Herausforderungen nur durch das gemeinsame Vorgehen seiner Mitglieder erfolgreich sein. Denn nur so – im Verbund der europäischen Staaten – hat Europa eine Chance, als Global Player mitzuspielen.

Für die Europäer bedeuten die globalen Umbrüche und geopolitischen Entwicklungen in jedem Fall die Notwendigkeit, anzuerkennen, dass sie sich bei der Durchsetzung ihrer Sicherheitsinteressen nicht länger auf die USA verlassen können, sondern sich tatsächlich emanzipieren und eigene Strategien zur Sicherung ihrer Interessen entwickeln müssen. „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei“, sagte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel wenige Tage nach dem NATO-Gipfel mit US-Präsident Trump im Mai 2017 in Brüssel und forderte daher: „Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen.“

Dies ist vor allem deshalb erforderlich, weil sich um Europa ein „Ring of Fire“ (Mahbubani 1995) – ein Halbmond an Instabilität – etabliert hat, der sich von der Ukraine und den Konfliktregionen im Kaukasus über den Nahen und Mittleren Osten bis nach Nord- und entlang der Küste Westafrikas zieht. Dieser nährt sich aus vielerlei auch historisch begründeten Quellen, ist aber besonders auch das Ergebnis des – letztlich missglückten – Versuchs der Europäischen Union, ihre Sicherheit allein durch interne Konsolidierung zu schützen, ohne dabei die Vorgänge an ihren Außengrenzen zu beachten. Aufgrund einer weitverbreiteten Ignoranz gegenüber der Bedeutung historischer Erfahrungen, die ergänzt wurde um eine „Raumvergessenheit“ (Münkler 2016), hatten bis vor Kurzem die wenigsten in der EU einen Blick dafür, dass sich an ihren östlichen und südlichen Rändern ein postimperialer Raum erstreckt, der seit Beginn des 20. Jahrhunderts nie wirklich stabile Verhältnisse entwickelt hat. Und nirgendwo brennt der „Ring of Fire“ so intensiv wie in der islamischen Welt im Nahen und Mittleren Osten.

Hier erleben wir heute weniger einen *clash of civilisations* als vielmehr einen *clash within a civilisation*, insbesondere wenn man sich die Konfliktlinien innerhalb der arabischen Welt vergegenwärtigt. Europa muss daher seine Rolle auch und gerade in diesem Kontext neu definieren, denn „die Ordnung des Nahen und Mittleren Ostens gehört zu den drängenden Fragen, die seit dem Ende des Ersten Weltkriegs offengeblieben sind, und die Europäer werden in die Stabilität dieser Region ‚investieren‘ müssen, wenn sie selbst eine politisch und sozial stabile Prosperitätszone bleiben wollen“ (Münkler 2015). Mit ihrer bisherigen Strategie der „Vogel-Strauß-Politik“ wird die EU in diesem Zusammenhang längerfristig ebenso wenig Erfolg haben können wie mit dem Aufbau einer „Festung Europa“.

Gleiches gilt für den Umgang der EU mit den beunruhigenden Entwicklungen in vielen afrikanischen Ländern, mit denen nicht nur die internationale Staatengemeinschaft, sondern vor allem auch Europa selbst in steigendem Ausmaß konfrontiert sein werden: Gewaltsame Konflikte stürzen ganze Staaten in tribalistische Unordnung, eine Zunahme flüchtender und hilfesuchender Menschen ist die Folge. Doch es sind nicht nur kriegerische Auseinandersetzungen, sondern auch stagnierendes Wirtschaftswachstum, steigende Arbeitslosigkeit, Korruption, fehlende Strukturen von *failed states* und daraus resultierende Perspektivenlosigkeit, die einen Anstieg erzwungener Migration – vor allem innerhalb Afrikas selbst – bewirken. Während bis dato der Großteil der vertriebenen Menschen Binnenflüchtlinge sind, prognostizieren manche Beobachter eine neue Völkerwanderung, die über kurz oder lang auf Europa zukommen könnte (Asserate 2016). Nicht nur deshalb muss die Europäische Union stärker als bisher an der Stabilität und Prosperität ihrer südlichen und südöstlichen Nachbarn interessiert sein, um die Krisenherde an ihrer Peripherie nicht eskalieren zu lassen und neuerliche humanitäre Katastrophen zu verhindern. Auch angesichts chinesischer Ambitionen in Afrika ist ein stärkeres Engagement Europas im „schwarzen Kontinent“ geboten, um dem steigenden Einfluss Pekings zu begegnen. Angesichts der Größenordnung der genannten Herausforderungen und jener, die möglicherweise noch hinzukommen werden, ist es offensichtlich, dass deren Bewältigung nur gemeinsam gelingen kann. Dazu wird nicht lediglich eine engstens koordinierte gemeinsame Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs- und Asylpolitik erforderlich sein, die diesen Namen auch tatsächlich verdient, sondern vor allem auch eine gezielte Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik.

Mit ihrer Bevölkerungsgröße, ihrem Bruttoinlandsprodukt, ihrem wissenschaftlichen und innovatorischen Potenzial sowie ihren Voraussetzungen für die Digitalisierung erfüllt die EU zumindest auf dem Papier alle Voraussetzungen dafür, einer der mächtigsten, wenn nicht gar der mächtigste Akteur in der internationalen Arena zu sein. Allein ihre Unfähigkeit, geschlossen zu agieren, hindert die Europäische Union derzeit daran, diese Rolle auch tatsächlich anzunehmen und auszufüllen. Das wurde besonders im Zuge der Flüchtlingskrise deutlich, als es nicht gelang, einen gemeinsamen Modus zu finden, die Außengrenzen zu sichern und die Flüchtlinge auf die Mitgliedstaaten zu verteilen. Übertroffen wurde dies nur noch vom peinlichen Gerangel rund um das Freihandelsabkommen mit Kanada, dessen Zustandekommen fast am Einspruch einer einzigen Region gescheitert wäre.

„Europa ist heute ein wesentlich schwächerer Akteur auf der Weltbühne, als es sein wirtschaftliches, soziales, kulturelles, demographisches und militärisches Potenzial rechtfertigen würde“ (Simms/Zeeb 2016). Und die Zeichen dafür, dass sich dies in absehbarer Zeit substantiell verändern könnte, stehen alles andere als gut. Ob daher Europa bzw. die EU beim Zustandekommen einer neuen Weltordnung eine relevante Rolle spielen wird, bleibt somit vorerst im Unklaren.

Ungewiss bleiben zudem auch die weiteren Entwicklungen in den vielfältigen anderen Krisenregionen der Welt – vom Balkan über die Türkei, den Nahen und Mittleren Osten bis nach Nordkorea oder viele afrikanische Länder. Diese können hier aus Platzgründen ebenso wenig thematisiert werden wie Putins Russland, das durch Manöverstrategie und hybride Kriegsführung zwischen Adria und Ostsee die alte Größe sucht bzw. mangels durchschlagender Erfolge

zumindest danach trachtet, die bestehende Ordnung zu destabilisieren.

Das Prinzip Hoffnung

Faktum ist: Die bestehende Weltordnung löst sich auf. Die Erosionserscheinungen sind unübersehbar. Eine neue Ordnung ist nicht in Sicht – im Gegenteil: Ein globaler Polyzentrismus, eine nicht geordnete Multipolarität, eine neue Weltunordnung breiten sich aus. Noch ist nicht klar, was sich aus dieser Unordnung heraus entwickeln wird und ob daraus in absehbarer Zeit eine neue Weltordnung entsteht, geschweige denn wer diese definieren und dominieren wird. Doch gleich, ob weiterhin die USA oder künftig stärker die Volksrepublik China die dominante Rolle innehaben, in keinem Fall gibt es Gewähr dafür, dass die europäischen Interessen geachtet werden.

Sicher scheint, dass die Welt vorerst multipolarer und ein gutes Stück unübersichtlicher werden wird. Die heute beobachtbare Machtverschiebung in Richtung Asien führt deutlich vor Augen, dass die geschichtlichen Prozesse, die letztlich zum Aufstieg oder Untergang von Zivilisationen und damit auch zum Status quo der heutigen Ordnung der Welt geführt haben, weder unumgänglich waren noch für die Zukunft festgeschrieben sind. Für die Zukunft stellt sich folglich die Frage, wie sich der aktuelle Wandel der Weltordnung gestalten wird – als friedlicher Übergang oder als kriegerischer Ausscheidungskampf.

Thukydides war überzeugt – so kommt es in seinem, diesem Text vorangestellten Zitat aus seiner Vorrede zum *Peloponnesischen Krieg* zum Ausdruck –, dass die Kenntnis der Vergangenheit eine Lehre für die Zukunft ist. Das mag bis zu einem gewissen

Grad stimmen, auch wenn man bisweilen geneigt ist, Hegels skeptischer Interpretation zuzustimmen, dass aus der Geschichte nur zu lernen ist, dass Völker und Staaten nichts aus ihr gelernt haben. Thukydides' Schlussfolgerung allerdings, dass es künftig zwangsläufig „wieder einmal nach der menschlichen Natur so oder ähnlich eintreten wird“ und ein Krieg zwischen einer Hegemonialmacht und deren aufstrebendem Herausforderer also unausweichlich ist, kann nicht unwidersprochen bleiben. Zwar lehrt die Geschichte, dass der Großteil der bisherigen hegemonialen „Schichtwechsel“ blutig verlief. Sie zeigt aber auch, dass gerade in der rezenten Vergangenheit diese Zwangsläufigkeit nicht mehr gegeben zu sein scheint: Denn sowohl der Übergang von der britisch-europäisch dominierten Weltordnung auf die amerikanisch dominierte verlief ohne kriegerische Auseinandersetzung, als auch die Abwehr der sowjetischen Herausforderung durch die Vereinigten Staaten – als bislang letztes Ringen um die Weltmacht.

Es bleibt also zu hoffen, dass die von Thukydides aufgestellte These, dass die Spannungen zwischen einer etablierten und einer aufsteigenden Macht gleichsam zwangsläufig in einen hegemonialen Ausscheidungskampf und damit zur kriegerischen Eskalation führen müssen, im 21. Jahrhundert nicht neuerlich verifiziert wird. Denn auch wenn es bisweilen den Anschein haben mag, dass mit den geopolitischen Umbrüchen kriegerische Konflikte in der Welt zahlreicher geworden sind oder ein neuer Krieg zwischen den USA und China drohen könnte, so besteht doch Grund zur Hoffnung, dass die Dämmerung einer neuen Weltordnung in der Zukunft nicht notwendigerweise mit einer Eskalation der Gewalt einhergeht. Erstens ist die Welt allen gegenteiligen Entwicklungen zum Trotz insgesamt friedlicher geworden und die Wahrscheinlichkeit, durch einen gewaltsamen

Tod oder die Folgen von Gewalt ums Leben zu kommen, kontinuierlich zurückgegangen (Morris 2013). Zweitens zeigen die in Graham Allison's Buch *Destined for war* erwähnten historischen Beispiele, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, nicht in die *Thukydides-Falle* zu tappen.

Schließlich machen die wirtschaftlichen Verflechtungen in einer globalisierten Welt einen Krieg ebenso unwahrscheinlich wie die Existenz etablierter internationaler Institutionen und Verträge. Im vergangenen Jahrhundert ist die Bedeutung internationaler Organisationen kontinuierlich gestiegen, sodass heute in den meisten Ländern der Welt die Einsicht vorherrscht, dass Verhandlungen über Konfliktsituationen dem Blutvergießen vorzuziehen sind. Für den Erfolg von Verhandlungen und die Leistungsfähigkeit politischer Ordnungen insgesamt ist Vertrauen von entscheidender Bedeutung, dieses muss jedoch gleichzeitig von der Möglichkeit zu Sanktionen im Falle von Vertrauensbrüchen ergänzt sein. Gerade China zeigte jüngst mehrfach, wie es zunehmend systematische Versuche unternimmt, um seinen Einfluss in relevanten internationalen Institutionen wie dem IWF, der UNO oder der WTO auszubauen. Auch die erwähnten chinesischen Reaktionen auf weitreichende Entscheidungen der Trump-Administration, wie etwa den Ausstieg aus dem Klimaabkommen oder Ansätze protektionistischer Wirtschaftspolitik, geben Anlass zur Hoffnung, dass ein stärkerer chinesischer Einfluss auf globale Herausforderungen durchaus auch positive Aspekte umfassen kann.

Die *Pax Americana* mag schon bald der Vergangenheit angehören, doch die mit ihr assoziierten Errungenschaften haben dazu beigetragen, dass in großen Teilen der Welt Frieden und Wohlstand herrschen. Die positiven Entwicklungen des vergangenen Jahrhunderts sind beachtlich: Die apokalyptischen Reiter

aus der biblischen Offenbarung des Johannes – Hunger, Pest, Krieg und Tod – haben ihren Schrecken weitestgehend verloren. Zwar ist der Tod nach wie vor nicht überwunden, doch heute sterben weniger Menschen an Hunger denn an Fettleibigkeit, weniger an Seuchen denn an Altersschwäche, weniger durch Krieg, Terror oder kriminelle Handlungen denn durch Selbstmord (Harari 2016). Der wissenschaftliche, medizinische und technologische Fortschritt kommt immer mehr Menschen auf der Welt zugute, was zu einem massiven Rückgang des Anteils der in Armut lebenden und hungernden Menschen beigetragen hat. Die Lebenserwartung steigt seit Jahrzehnten in fast allen Ländern der Erde und die in Gesundheit verbrachten Jahre ebenso. „Nach nahezu allen Maßstäben“, so zitiert die *Neue Zürcher Zeitung* einen Kommentar von Bill und Melinda Gates, „ist die Welt heute besser als je zuvor.“ Darauf wird man in Zukunft aufbauen können – unabhängig davon, wie die neue Weltordnung tatsächlich aussehen wird.

Zum Schluss muss man darauf vertrauen, dass bei allen Menschen gleichermaßen die Einsicht überwiegt, dass die internationale Staatengemeinschaft angesichts der globalen *Grand Challenges* wie Klimawandel, Umweltverschmutzung oder Ressourcenknappheit nur gemeinsam bestehen kann und die Zukunft der Menschheit vernünftigerweise eher mit verstärkten Kooperationen denn mit Konflikten sinnvoll zu gestalten ist. Immerhin zeugt die Tatsache, dass etliche UN-Millenniumsziele erreicht wurden und auch manche Friedensmission erfolgreich war, von einem Zuwachs der Bedeutung und Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen nach dem Ende des Kalten Krieges. Das gibt zumindest Anlass zu vorsichtigem Optimismus. Was die Zukunft tatsächlich bringen wird, vermag naturgemäß niemand zu sagen. Fest steht allenfalls, dass die Menschheit ihr Schicksal

heute mehr denn je selbst in die Hand nehmen muss, denn – um am Ende dieses Textes noch einmal Shakespeare zu paraphrasieren – unser Schicksal liegt nicht in den Sternen, sondern in uns selbst.

Literatur

- Allison, Graham (2017): *Destined for war. Can America and China escape the Thucydides's Trap?* Houghton-Mifflin-Harcourt, Boston-New York.
- Allison, Graham (2015): The Thucydides Trap: Are the U.S. and China Headed for War? *The Atlantic*, 24.9.2015.
- Asserate, Asfa-Wossen (2016): *Die neue Völkerwanderung. Wer Europa bewahren will, muss Afrika retten.* Berlin: Ullstein Verlag.
- Brzezinski, Zbigniew (2015): *Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft.* Rottenburg: Kopp Verlag.
- Burke, Peter (2014): *Die Explosion des Wissens: Von der Encyclopédie bis Wikipedia.* Berlin: Verlag Klaus Wagenbach.
- Fenby, Jonathan (2017): *Will China dominate the 21st Century?* Cambridge: Polity Press.
- Frank, Andre G. (1998): *ReOrient: Global Economy in the Asian Age.* Berkeley: University of California Press.
- Fukuyama, Francis (1989): The end of history? *The National Interest*, Nr. 16 (Summer 1989), S. 3–18.
- Harari, Yuval N. (2013): *Eine kurze Geschichte der Menschheit.* München: DVA.
- Harari, Yuval N. (2016): *Homo Deus. A Short History of Tomorrow.* London: Harvill Secker.
- Kang, David C. (2010): *East Asia before the West: Five Centuries of Trade and Tribute.* New York: Columbia University Press.
- Kissinger, Henry (2016): *Weltordnung.* München: Pantheon Verlag.
- Lendvai, Paul (2017): Eine Weltmacht dankt ab. *Der Standard*, 14.11.2017, S. 27.
- Luce, Henry R. (1941): Editorial. *Life Magazin*, 17.2.1941.
- Mahbubani, Kishore (1995): The Pacific Way. *Foreign Affairs*, Vol. 74, No 1/1995, S. 100–111.
- Menzel, Ulrich (2015): *Die Ordnung der Welt. Imperium oder Hegemonie in der Hierarchie der Staatenwelt.* Berlin: Suhrkamp.

- Morris, Ian (2013): *Krieg – wofür er gut ist*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Münkler, Herfried (2013): *Der große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918*. Berlin: Rowohlt.
- Münkler, Herfried, (2014): *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den vereinigten Staaten*. Berlin: Rowohlt.
- Münkler, Herfried (2015): *Kriegsplitter. Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert*. Berlin: Rowohlt.
- Münkler, Herfried (2016): Europa im Ringen um die Macht in der Mitte. In: Milev, Yana (Hg.): *Europa im freien Fall. Orientierung in einem neuen Kalten Krieg*. Wien-Berlin: Verlag Turia und Kant, S. 15–35.
- Münkler, Herfried (2017): *Der Dreißigjährige Krieg. Europäische Katastrophe, deutsches Trauma 1618–1648*. Berlin: Rowohlt.
- National Intelligence Council (2017): *Global Trends 2035: Paradox of Progress*. Washington.
- Rachman, Gideon (2016): *Easternisation: War and peace in the Asian Century*. London: The Bodley Head.
- Reinhard, Wolfgang (2016): *Die Unterwerfung der Welt: Globalgeschichte der europäischen Expansion 1415–2015*. München: C.H. Beck.
- Simms, Brendan/Zeeb, Benjamin (2016): *Europa am Abgrund: Plädoyer für die Vereinigten Staaten von Europa*. München: C.H. Beck.
- Stead, William T. (1902): *The Americanisation of the World: The Trend of the Twentieth Century*. London: Horace Markley.
- Thukydides (2000): *Der Peloponnesische Krieg*. Stuttgart: Reclam Verlag.
- Trump, Donald (2017): *National Security Strategy of the United States of America*. Washington.
- Wallerstein, Immanuel (1986): *Das moderne Weltsystem: Die Anfänge der kapitalistischen Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert*. Frankfurt am Main: Syndikat.